



COVID-19: DURCH DIE GESUNDHEITSKRISE DROHT EINE ERNÄHRUNGSKRISE

Neben kurzfristig notwendigen Krisenreaktionen müssen langfristige Entwicklungsmaßnahmen im Blick bleiben und Ernährungssysteme transformiert werden

Die COVID-19-Pandemie trifft die Ärmsten am schlimmsten. In vielen Ländern ist das Gesundheitssystem schlecht, eine soziale Absicherung kaum vorhanden. Auch können die Regierungen der ärmsten Länder keine „Rettungsschirme“ aufspannen. Extrem bedroht sind auch die 820 Millionen Menschen, die unter Hunger leiden. Wenn Bewegungsfreiheit, Handel und Transport eingeschränkt oder gestoppt sind, können sie weder genug anbauen, noch haben sie ausreichend Geld, Essen zu kaufen. Das heißt, es ist sowohl ihre Gesundheit stärker in Gefahr als in reicheren Ländern, als auch ihre Versorgung mit Nahrungsmitteln. Durch die drohende Rezession werden weitere Menschen in Hunger und Armut abrutschen. Das internationale System der humanitären Hilfe war schon vorher durch zahlreiche Krisen strapaziert und wird durch die Covid-19-Pandemie zusätzlich herausgefordert. In der Krise steckt aber auch die Chance, internationale Solidarität zu stärken und die Welt gerechter und nachhaltiger zu machen.

Die COVID-19-Pandemie hat vor allem Auswirkungen auf alle Länder und Menschen, die ohnehin schon mit Armut, Hunger, Kriegen, Flucht und den Auswirkungen des Klimawandels konfrontiert sind. Auch drohen Krisen in den Hintergrund zu treten, wie die sich weiter verschärfende Heuschreckenplage in Ostafrika oder der Krieg um Idlib.

Die Pandemie wird verheerende Folgen auf die Ernährungssicherheit nicht nur in Ländern des globalen Südens haben. Es sind Störungen im komplexen System der Nahrungsmittellieferketten zu erwarten, sowohl beim Angebot als auch bei der Nachfrage.¹ Grenzsicherungen, Quarantänen, Markt-, Lieferketten- und Handelsunterbrechungen könnten den Zugang der Menschen zu ausreichenden und nahrhaften Nahrungsmitteln einschränken, insbesondere in Ländern, die von dem Virus hart getroffen wurden oder bereits von einem hohen Maß an Ernährungsunsicherheit betroffen sind.

Der Lebensunterhalt und die Beschäftigung von Menschen, insbesondere in Krisenzeiten, sind nicht gesichert. Millionen Menschen werden Einkommensverluste erleiden und keinen oder nur eingeschränkten Zugang zu den für das tägliche Wohlergehen erforderlichen Ressourcen haben.

Daraus werden sich bisher unübersehbare, zusätzliche Notlagen ergeben.

Zunächst steht die Bewältigung des Gesundheitsnotstands im Vordergrund, und dies bedeutet in vielen Ländern eine besondere Herausforderung. Kontakt-sperren sind in **Flüchtlingslagern** wie Dadaab in Kenia oder Cox's Bazar in Bangladesch, in denen Menschen auf engstem Raum leben, kaum umzusetzen.

Sowohl in **ländlichen Gebieten** als auch in den **Armenvierteln** der Großstädte, steht oft nicht genug sauberes Wasser zur Verfügung, um sich regelmäßig die Hände zu waschen und schon gar keine Desinfektionsmittel. Weltweit haben ein Drittel der Menschen kein **sauberes Trinkwasser** oder **Sanitäranlagen**, drei Viertel der Menschen in der ärmsten Ländern haben nicht einmal einfache Möglichkeiten, sich die Hände zu waschen.²

Die Ernährungssicherheit ist unmittelbar, aber auch mittel- und langfristig bedroht. Global gesehen sind die **Nahrungsmittelpreise** im März gefallen, weil die Nachfrage aufgrund der schlechten Wirtschaftsaussichten gesunken³ ist. Dennoch können lokal die Nahrungsmittelpreise in die Höhe schießen: durch Hamsterkäufe, das Schließen von offenen Märkten oder weil durch die Einschränkung der Bewegungsfreiheit die Versorgung aus dem Umland nicht mehr gesichert ist. Dies berichten Partnerorganisationen der Welthungerhilfe zum Beispiel aus Äthiopien oder Kenia.

Ohnehin müssen Menschen in armen Ländern den Großteil ihres Geldes für Nahrungsmittel ausgeben; so müssen Mahlzeiten weiter eingeschränkt werden, gerade die **Versorgung mit frischem Obst und Gemüse** ist gefährdet. Hoch verarbeitete Fertignahrung hat meist viele Kalorien, aber wenig Nährstoffe. Eine schlechtere Ernährung bedeutet aber auch ein höheres **Infektionsrisiko**. In Afrika und in Südasien ist jedes dritte Kind chronisch unterernährt.⁴ Es ist neunmal wahrscheinlicher, dass ein schwer unterernährtes Kind an Infektionen stirbt als ein gut ernährtes.⁵

KleinbäuerInnen produzieren oft Nahrungsmittel für den Eigenbedarf. Dennoch mangelt es ihnen schon jetzt häufig an **Ressourcen**, um ihre Versorgung ausreichend sicherzustellen. Bedroht wären sie, wenn sie ihre Felder wegen Krankheit nicht mehr bestellen, ihre Produkte nicht mehr verkaufen könnten oder durch höhere Nahrungsmittelpreise immer weniger Nahrungsmittel dazu kaufen können.

Frühere Pandemien, wie etwa **Ebola** in Westafrika (2014-2016), haben Hunger und Mangelernährung verschärft. Die Ausgangsbeschränkungen haben dazu geführt, dass nicht genügend Arbeitskräfte für die Ernte zur Verfügung standen, Bauern konnten ihre Ware nicht zu den Märkten bringen und dringend benötigtes Geld verdienen. Insgesamt wurde mehr als 40 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche nicht kultiviert.⁶

Betroffen sind auch BäuerInnen und LandarbeiterInnen, die von der Produktion für den **Weltmarkt** abhängen und etwa Palmöl, Kaffee, Kakao oder Blumen

produzieren. So wurde zum Beispiel wegen der Transportbeschränkungen die Bestellung von Blumen aus Äthiopien gestoppt, bereits mindestens 30.000 ArbeiterInnen verloren ihren Job.⁷

Aber auch die arme städtische Bevölkerung leidet, wenn die Kosten für eine ausreichende und gesunde Mahlzeit steigen. **Frauen** sind stärker gefährdet als Männer, da sie häufiger in schlecht bezahlten, unsicheren und informellen Jobs arbeiten.⁸ Menschen leben auf engstem Raum, eine sehr schnelle Ausbreitung des Virus ist zu erwarten. Die Versorgung mit Nahrungsmitteln aus dem Umland ist in Gefahr, wenn Transporte und Bewegungsfreiheit eingeschränkt werden.

Es ist zu befürchten, dass die drohende **Rezession** die Situation dieser Menschen weiter verschlechtern wird. **Modellrechnungen** haben ergeben: Schon bei einem Prozent weniger Wirtschaftswachstum könnte die Zahl der Armen und Hungernden um zwei Prozent steigen.⁹ Es werden insbesondere Menschen Opfer der Rezession sein, die in prekären Arbeitsverhältnissen leben, TagelöhnerInnen, ArbeiterInnen, Beschäftigte im Dienstleistungssektor, in der Gastronomie und im Handel.

Nichtregierungsorganisationen sind auch selbst von der Pandemie betroffen, zum Beispiel durch Beschränkungen der Reise- und Bewegungsfreiheit. Die **Beschaffung** von Hilfsgütern und Nahrungsmitteln ist erschwert. Auch könnte die Sicherheit der internationalen HelferInnen bedroht sein, da AusländerInnen aufgrund ihrer Reisen für die Einschleppung des Virus verantwortlich gemacht werden. Die Pandemie bedeutet, dass laufende Projektmaßnahmen nur eingeschränkt weitergeführt und gegebenenfalls sogar eingestellt werden, da die Vorsichtsmaßnahmen nicht eingehalten werden können, etwa bei großen Versammlungen oder Schulungen. Auch besteht in einigen Ländern die Gefahr, dass die Beschneidung von **Bürgerrechten** unter dem Vorwand des Gesundheitsschutzes zu einer weiter Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsräume führt.

Wie die Welthungerhilfe die Eindämmung der COVID-19-Pandemie unterstützt

Dennoch ist die Welthungerhilfe in der Lage, einen Beitrag zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie zu leisten. Diese Maßnahmen werden in laufende Projekte integriert, insbesondere **Aufklärungsarbeit**, wie man sich vor der Infektion schützen kann. **WASH**-Maßnahmen werden ausgeweitet, das heißt Versorgung mit sauberem Wasser, Sanitäranlagen und Hygienemaßnahmen wie Handwascheinrichtungen, Wasserversorgung an öffentlichen Orten wie Märkten und in Schulen, Verteilung von Seife und Hygiene-Kits.

Wichtig ist die wahrheitsgemäße **Information** über die Pandemie, da zahlreiche Falschmeldungen zirkulieren, die Panik verbreiten oder falsche Reaktionen

hervorrufen. Dies muss auch arme Bevölkerungsschichten erreichen, deshalb werden die Kommunikationsmittel wie Poster, Radiospots, Lautsprecherdurchsagen und Beiträge in sozialen Medien in lokalen Sprachen erstellt. Um weitere Ansteckungen zu vermeiden, bestehen auch Kooperationen mit dem staatlichen Gesundheitssektor.

Die Welthungerhilfe unterstützt zudem notleidende Menschen, zum Beispiel verteilen die HelferInnen Nahrungs- und Haushaltsmittel an von Quarantäne betroffene Haushalte. Dort, wo die Märkte noch funktionieren, werden Lebensmittelmarken ausgegeben, ansonsten gibt es direkte finanzielle Unterstützung

für Nahrungsmittel und Gesundheitsversorgung. Wo soziale Sicherungssysteme existieren, soll sichergestellt werden, dass die Berechtigten ihre Leistungen weiter beziehen können und die Gruppe der Leistungsberechtigten gegebenenfalls ausgeweitet wird.

Auch die Partnerorganisationen der Welthungerhilfe sind aktiv. So wurde etwa durch das von der Welthungerhilfe geförderte Projekt BhoomiKa in Indien ein Lieferdienst für frische Lebensmittel in städtische Gebiete gestartet, außerdem großangelegte Kochaktionen in Dörfern, damit hunderte Familien eine warme Mahlzeit kriegen.

Was die Welthungerhilfe von der Bundesregierung fordert

Die Welthungerhilfe begrüßt den „Global Humanitarian Response Plan. COVID-19“ der Vereinten Nationen und unterstützt dessen strategische Prioritäten, die Ausbreitung der Pandemie einzudämmen, aber auch zu verhindern, dass der soziale Zusammenhalt aushöhlt und Menschenrechte verletzt werden. Besonders gefährdete Gruppen wie Frauen und Kinder, ältere Menschen und solche mit Vorerkrankungen, sowie Flüchtlinge und MigrantInnen sollen verstärkt unterstützt werden.

Konkret soll sich die Bundesregierung dafür einsetzen,

- dass sich alle Staaten verpflichten, die Auswirkungen von COVID-19 in gefährdeten Ländern zu minimieren und das Virus weltweit einzudämmen, indem sie humanitäre Notfallpläne und bestehende humanitäre Appelle unterstützen.
- dass bei allen Maßnahmen der humanitären Hilfe die Menschen im Mittelpunkt stehen, die am meisten gefährdet sind.
- dass humanitärer Zugang, etwa durch Flugdienste, einschließlich medizinischer Evakuierungen, garantiert ist. Lebensrettende humanitäre Einsätze müssen weiterhin möglich sein und entsprechend finanziert werden. Es muss garantiert sein, dass humanitäre Akteure in jeglichen Ausgangssperr- oder Abriegelungsszenarien (einschließlich geschlossener Grenzen, Bewegungsbeschränkungen, Visa und anderer administrativer Verfahren und Einschränkungen) Ausnahmen gewährt werden.
- dass sie im Rahmen ihrer aktuellen Haushaltsplanung ein Zeichen setzt und zusätzliche Mittel mobilisiert, um den gestiegenen humanitären Bedarf zu decken.
- dass humanitäre Logistik zur Lieferung von Gütern für die Prävention und Behandlung von COVID-19 bereitgestellt wird.
- dass der freie Handel von essenziellen Gütern und Dienstleistungen wie Lebensmittel, landwirtschaftliche Betriebsmittel, Hygieneartikel und medizinischer Bedarf gesichert ist.
- dass zivilgesellschaftliche AkteurInnen¹⁰ gefördert und in ihrer Arbeit gestärkt werden, damit die laufenden Projekte weitergeführt werden können. Es braucht eine flexiblere Handhabung¹¹ der Projektmittel sowie zusätzliche Mittel¹², damit während und nach der Pandemie das humanitäre System und die Programmarbeit funktionieren. Dies betrifft insbesondere Maßnahmen, welche die Hilfsorganisationen in den Ländern selbst stärken.
- In Zukunft soll ein stärkerer Fokus auf präventive Maßnahmen gelegt werden.
- Im Zuge der internationalen Solidarität sollte die Gebergemeinschaft bereits bestehende Strukturen nutzen, um die ärmsten Länder dabei zu unterstützen, auf die aktuelle Krise zu reagieren und die wirtschaftlichen Konsequenzen abzufedern. Das muss auch Maßnahmen der Ernährungssicherung umfassen

Kurz- und langfristige Maßnahmen zur Ernährungssicherung erforderlich

Die Krise zeigt, dass die ärmsten Menschen und Länder am stärksten von der Pandemie bedroht sind. Die am wenigsten entwickelten Länder brauchen jetzt in der aktuellen Krise verstärkt Unterstützung, und weiterhin langfristig, auch um die Ernährung zu sichern. Kurzfristige Maßnahmen sind etwa, Schulspeisungsprogramme aufrecht zu erhalten und in akuten Notlagen finanzielle Unterstützung oder Nahrungsmittelhilfe zu leisten. In der Krise kommen sozialen Sicherungssystemen besondere Bedeutung zu. Diese müssen aufrechterhalten und auf weitere Gruppen ausgeweitet werden.

Auch müssen KleinbäuerInnen, die unter den Einschränkungen aufgrund der Pandemie leiden, gezielt unterstützt werden. Italien hat im Rahmen des Programms „Cura Italia“ 100 Millionen Euro für Betriebe aus Landwirtschaft, Fischerei und Aquakultur zur Verfügung gestellt. In China wurde im Rahmen des „Vegetable Basket“-Programms während der Pandemie die Versorgung der Bevölkerung in mehreren Provinzen mit Getreide, Öl, Gemüse, Fleisch, Eiern, Milch und Fischen durch lokale Bauern und Betriebe sichergestellt¹³. Solche Programme sind auch in Entwicklungsländern sinnvoll.

Aber auch langfristig müssen Gesundheits- und sozia-

le Sicherungssysteme sowie Ernährungssicherungsprogramme weiter ausgebaut werden. Entwicklungszusammenarbeit muss einen langen Atem zeigen, auch bei der Entwicklung der ländlichen Gebiete, unter anderem durch Förderung von KleinbäuerInnen, etwa bei der Verringerung von Nachernteverlusten, sowie kleineren und mittleren landwirtschaftlichen Betrieben, und durch Programme zur Förderung einer gesunden Ernährung.

Ernährungssysteme gerechter, nachhaltiger und widerstandsfähiger machen

Die Krise wirft ein Schlaglicht auf die Schiefelage in den Ernährungssystemen. In Deutschland gibt es Engpässe, aber die Versorgung aller BürgerInnen ist weitgehend gesichert. Hingegen ist die Ernährung und damit auch die Gesundheit von Menschen in armen Ländern, aber auch armer Schichten in Industrie- und Schwellenländern, gefährdet. Es ist daher erforderlich, unsere Ernährungssysteme, also die Art und Weise, wie wir Lebensmittel produzieren, handeln und konsumieren, gerechter, nachhaltiger und widerstandsfähiger gegen Krisen zu machen. Dazu gehört die Auseinandersetzung damit, welche Rahmenbedingungen und Anreizsysteme es braucht, um erschwingliche Nahrungsmittel für alle möglich zu machen und gesunde Ernährung zu fördern.



Um weniger abhängig von internationalen Lieferketten zu sein, sollte die Bundesregierung langfristig regionale Ernährungssysteme im eigenen Land, in Europa und in Partnerländern stärken: ProduzentInnen und HändlerInnen sollten die regionale Versorgung stärker sichern, zum einen mit Grundnahrungsmitteln wie Getreide und Öl, welche den Kalorienbedarf decken, sowie mit Hülsenfrüchten, Gemüse und Obst, welche für die Gesundheit notwendige Mikronährstoffe liefern. Die bäuerliche Landwirtschaft sollte als „Rückgrat“ der Ernährungssicherung gestärkt werden.

Bei Lieferketten auf die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards sowie der Menschenrechte achten: Gerade weil Deutschland und die EU zunehmend ihren Bedarf an Agrarrohstoffen aus dem Ausland decken, dürfen sie das Menschenrecht auf Nahrung in anderen Ländern nicht verletzen, also keine negativen Effekte auf die dortige Ernährungssicherheit hervorrufen.

Die Menschen in den Mittelpunkt stellen: Nachhaltige Ernährungspolitik muss für und mit den Menschen entwickelt werden. Dabei sollten insbesondere diejenigen beteiligt werden, die bisher von Ungleichheiten und Machtasymmetrien in unserem Ernährungssystem betroffen sind und deren Stimmen deshalb nicht gehört werden.

UN-Generalsekretär António Guterres sagte bei der Veröffentlichung des Global Humanitarian Response Plans COVID-19 der Vereinten Nationen am 25. März 2020 in New York: „Wir müssen den Verwundbarsten zu Hilfe kommen – Millionen und Abermillionen von Menschen, die am wenigsten in der Lage sind, sich selbst zu schützen. Dies ist eine Frage der grundlegenden menschlichen Solidarität.“ Dieses muss kurz- und langfristig geschehen – „niemanden zurücklassen“ ist schließlich das wichtigste Prinzip der Agenda 2030.

Quellen:

- ¹FAO, 2020: „Coronavirus. Food Supply Chain Under Strain. What to do?“ <http://www.fao.org/3/ca8308en/ca8308en.pdf>
- ²Unicef, WHO, 2019: „Progress on household drinking water, sanitation and hygiene I 2000-2017“
- ³<http://www.fao.org/worldfoodsituation/foodpricesindex/en/>
- ⁴UNICEF, WHO, World Bank Group. Levels and trends in child malnutrition. 2020, <https://www.who.int/publications-detail/jme-2020-edition>, last access 02 April 2020.
- ⁵UNICEF. Severe acute malnutrition. https://www.unicef.org/nutrition/index_sam.html, last access 29 October 2019
- ⁶UN Humanitarian Response Plan, 2020
- ⁷Business Daily, 2020: „Flower farms send 30,000 workers home on corona lockdown“
- ⁸FAO, 2020: The female face of farming at <http://www.fao.org/gender/resources/infographics/the-female-face-of-farming/en/>
- ⁹IFPRI, 2019 at www.ifpri.org/blog/how-much-will-global-poverty-increase-because-covid-19
- ¹⁰ICVA <https://www.icvanetwork.org/resources/covid-19-ngos-critical-delivery-principled-and-effective-humanitarian-assistance>
- ¹¹Gemeinsam mit VENRO, dem Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe, wurden folgende Bedarfe identifiziert: Verlängerung von Berichts- und Antragsfristen, elektronische Signaturen, flexible Verausgabung (Verzicht auf Sollzinsen, Übertrag ins Folgejahr), vereinfachte Änderungs- und Aufstockungsanträge, Erleichterung bei Änderung von Projektaktivitäten und Budgetlinien, Übernahme von Zusatzkosten zum Gesundheitsschutz von Mitarbeitenden und lokalen PartnerInnen, Kostenübernahme für laufende Projektkosten aus Aussetzung aufgrund von COVID19; Reduzierung des Eigenanteils bei Neuprojekten bzw. Aussetzen des Eigenanteils bei Neuprojekten
- ¹²Etwas für präventive COVID-19-Maßnahmen, Ausweitung der Krisenländer, dazu auch frühzeitige Verpflichtungsermächtigungen für 2020/22.
- ¹³<http://www.fao.org/3/ca8308en/ca8308en.pdf>
- ¹⁴UNSCN, 3rd April 2020 Food Environments in the COVID-19 Pandemic, <https://www.unscn.org/en/news-events/recent-news?idnews=2040>

Bonn/Berlin 03.04.2020

Ansprechpartnerin: Asja Hanano, Leiterin Politik und Außenbeziehungen
Email: policy@welthungerhilfe.de

Deutsche Welthungerhilfe e. V., Friedrich-Ebert-Straße 1, 53173 Bonn
Tel. +49 (0)228 2288-0, Fax +49 (0)228 2288-333, www.welthungerhilfe.de